Anhang zu RRB vom 5. Juli 2022

Seewen: Erschliessungsplan (Teil-GEP) «Anschluss an ARA Birs»

Auflagen und Vorgaben zur Baubewilligung

Gemeinde Duggingen

- Zuhanden der Gemeinde ist ein Anschlussgesuch Kanalisation zu stellen:
https://secure.i-web.ch/gemweb/duggingen/dl.php/de/602e874750ecf/Abwasseranschlussgesuch_Duggingen.pdf.
- Sämtliche Durchleitungsrechte sind vorgängig durch den Gesuchsteller bei den Grundeigentümern einzuholen, ebenfalls weitere kantonale Bewilligungen (Basel-Landschaft) wie Rodungsbewilligung, etc.

Amt für Verkehr und Tiefbau

- Während der Bauarbeiten oberhalb der Kantonsstrasse im Abschnitt KS 7 bis KS 11 sind talseitig (unterhalb des Waldwegs) entsprechende Schutzvorkehrungen anzubringen, sodass kein Fräsgut usw. in den Wald abrutscht und die darin befindlichen Steine mobilisiert. Bei den Arbeiten im Bereich KS 11 und KS 12 sind sinngemäss Sicherungsmassnahmen auszuführen, damit kein Aushub und keine Steine auf die Kantonsstrasse gelangen können.
- Anpassungsarbeiten im Kantonsstrassenareal auf Gebiet des Kantons Solothurn sind spätestens sechs Wochen vor Baubeginn mit dem Kreisbauamt III, Stefan Kaiser, Strassenmeister, Telefon 061 704 70 93 oder E-Mail stefan.kaiser@bd.so.ch abzusprechen und nach dessen Weisungen auszuführen.
- Bei der Grabenauffüllung darf lehmiges und siltiges Material nicht wieder eingefüllt werden. Es ist durch geeignetes Fundationsmaterial (Genehmigung durch Kreisbauamt) zu ersetzen. Bei der Wiederherstellung der Fundationsschicht muss das Material mindestens die Dicke und die Kennwerte der angrenzenden Fundationsschicht aufweisen. Die Auffüllung ist in Schichten von 30 cm Stärke einzubringen und zu verdichten. Der geforderte ME Wert auf der Planie beträgt 100 MN/m².
- Das Einbetonieren von Leitungen im Kantonsstrassenareal ist bei geringer Überdeckung nur bedingt gestattet. Der Beton darf nicht in die Fundationsschicht hineinragen, um Druckstellen in den Belag hinein zu verhindern.
- Bauarbeiten und Arealbelegungen im Kantonsstrassenareal sind gemäss §§ 17 und 26 des Strassengesetzes i. V. m. § 18 Abs. 2 der Verordnung über den Strassenverkehr respektive § 66 Abs. 1 der kantonalen Bauverordnung bewilligungs- und gebührenpflichtig. Das «Gesuch für Bauarbeiten und Arealbelegungen im Kantonsstrassenareal» (avt.so.ch / AVT Downloads / Gesuche und Bewilligungen) ist dem Kreisbauamt III, Amtshausstrasse 15, 4143 Dornach, spätestens sechs Wochen vor Baubeginn einzureichen. Die zusätzlichen Auflagen und die Gebühren dafür werden separat durch das Kreisbauamt zugestellt/verrechnet.
- Bei übermässiger Verschmutzung der Kantonsstrasse im Bereich der Bauarbeiten wird das zuständige Kreisbauamt die Strasse zu Lasten des Gesuchstellers reinigen und dies in Rechnung stellen (§ 24 der Verordnung über den Strassenverkehr).

Amt für Wald, Jagd und Fischerei

- Es darf kein weiteres Waldareal beansprucht oder beeinträchtigt werden (nur innerhalb der angegebenen Schneise, welche kleiner als 3 Meter sein muss).
- Für das Fällen von Bäumen im/am Wald muss vorgängig eine kantonale Holzschlagbewilligung beim zuständigen Revierförster eingeholt werden.
- Der Verlauf der Leitungen im Wald darf nicht verändert werden.
- Die Breite (Schneise) des Eingriffs im Wald darf nicht vergrößert werden (Breite der Schneise weniger als 3 Meter; falls die benötigte Schneisenbreite 3 Meter oder grösser wird, benötigt das Vorhaben eine Rodungsbewilligung).
- Der Revierförster ist in den Verteiler aufzunehmen: Christoph Gubler, Forstwerkhof Welschhans, 4206 Seewen.
Es wird zudem hingewiesen auf:
 - a) Haftungsausschluss des Waldeigentümers gemäss § 6 Abs. 1 der Verordnung über Waldfeststellung und Waldabstand des Kantons Solothurn
 - b) Haftung des (Werk-)Eigentümers gegenüber Schäden am Wald gemäss § 6 Abs. 2 der Verordnung über Waldfeststellung und Waldabstand des Kantons Solothurn.

Amt für Umwelt

- Abzutragender Boden muss schonend behandelt und als Boden weiterverwertet werden. Werden Böden temporär beansprucht (z.B. durch Installationsflächen und Depots), sind Verdichtungen und andere Strukturveränderungen, welche die Bodenfruchtbarkeit gefährden, mit geeigneten Massnahmen zu vermeiden.
- Die Erdarbeiten und Installationen dürfen nur bei abgetrocknetem Boden und trockener Witterung durchgeführt werden. Alle Transporte auf Kulturerde müssen mit geeigneten Raupenfahrzeugen erfolgen, welche keine Verdichtungsspuren bewirken, allenfalls unter Einsatz von Baggermatratzen.
- Für die Fräsarbeiten ist der Boden im Fräsbereich vorgängig zu entfernen. Wenn möglich bewegen sich die Raupen der Grabenfräse auf dem gewachsenen Boden oder auf dem C-Horizont. Das direkte Befahren des Unterbodens ist nicht zulässig. Falls der Graben mit Bagger ausgehoben wird, ist der Boden getrennt nach Oberboden (Humus) und Unterboden (falls vorhanden) auszuheben, in zwei getrennten Wällen zwischenzulagern. Die Wälle dürfen nicht befahren werden. Bei der Verfüllung des Grabens muss der Boden in entsprechender Abfolge eingebracht und das ursprüngliche Gelände wiederhergestellt werden.
- Der Baubeginn im Gewässerbereich ist dem Amt für Umwelt (Abteilung Wasserbau) mindestens zehn Tage im Voraus schriftlich mitzuteilen.
- Die Bewilligungsempfängerin haftet für alle Folgen, die sich aus der Verlegung der neuen Werkleitungen sowie aus deren Bestand ergeben. Der Staat übernimmt keine Haftung für Schäden, die durch Hochwasser oder andere Ereignisse an der neuen Leitung entstehen.
- Werden am Seebach im öffentlichen Interesse dereinst irgendwelche Veränderungen vorgenommen (z.B. Hochwasserschutzmassnahmen), so hat die Bewilligungsempfängerin alle Umtriebe und Inkonvenienzen ohne Entschädigungsanspruch zu dulden und den im Gewässerareal oder in den Bauverbotsbereichen liegenden Teil der neuen Leitung - wenn nötig - auf eigene Kosten den neuen Verhältnissen anzupassen oder zu entfernen.
- Die Ableitung ist gemäss den geltenden Normen zu realisieren und abzunehmen. Die Abnahme hat mittels Druckprüfung und Kanal-TV zu erfolgen.
- Die Leitung ist im jeweiligen Abwasserkataster aufzunehmen.